

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 41 (1947)
Heft: 6

Artikel: Weltrundschau : Feind Nr. 1? ; Diktatur und Krieg ; Die andere Diktatur ; Die grosse Aktion ; Die Weltfront gegen den Kommunismus ; Der Gegenstoss ; "Umgekehrte Trumandoktrin" ; Deutschland ; Frankreich und Italien ; England ; Koloniale Götterdämmerung ...

Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-138970>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

leider auch große Teile des deutschen Volkes erfaßt sind, auf jene reine, alle Mittel als heilig erklärende Erfolgsanbeteri, die schließlich — man kann nur mit Schauern daran denken — einen Hitler (der 1933 für jeden moralisch nicht defekten Sinn als Verbrecher ebenso erkennbar war wie 1945), *wenn er nur siegreich gewesen wäre*, als „Führer“ akzeptiert, ja wahrscheinlich angebetet hätte?

Es ändert den *Grundcharakter* des Buches nicht, daß manche kluge und richtige Bemerkung und Beobachtung oder auch kritische Äußerung darin zu finden ist, Gedanken über die Einheit Europas, über Föderalismus und ähnliche Dinge dort vertreten sind. Doch selbst bei solchen Bekenntnissen, die heutzutage beinahe „Mode“ sind (was wir mit aller implizierten Einschränkung als Zeichen für das Vordringen dieser Ideen werten), vermißt man die reale, vermißt man die von Silens allzu reichlich mit Verachtung gestrafte *materielle* Grundlage. Denn so gewiß der Frieden „eine geistige Aufgabe ohnegleichen“ ist, so gewiß bedarf er als Grundlage einer materiellen, einer sozialen Revolution, einer Revolution der *Gerechtigkeit*. Und ist es denn nicht auch eine eminent *geistige Aufgabe*, diese oder die Vorbedingungen dafür zu schaffen? Dies aber sicher nicht mit Anklagen gegen den „groben Materialismus“, gegen den bösen „Marxismus usw.“, nicht mit der Orientierung an den rückwärts gewandten Utopien eines Röpke. Schwerlich auch mit dem *christlichen Konservativismus*, zu dem Silens sich bekennt, eine Doktrin, die ziemlich vage bleibt und mit den Ideen und Zielen der Religiös-Sozialen, soweit es der Schreiber zu beurteilen vermag, kaum etwas gemein hat. Als ihre Stammväter macht Silens besonders namhaft den preußischen König der 48er Jahre, Friedrich Wilhelm IV. und seinen Berater Ludwig von Gerlach, deren reaktionäre Rolle in der Geschichte uns keine gute Empfehlung für die Anschauungen von Silens dünkt. Vollends stutzig aber wird man, wenn man liest (Seite 129), daß „eine unsichtbare, zerstreute, formlose, aber sehr bedeutsame Gruppe: das wirklich konservative Deutschland“ seine Verkörperung fand in ... Herrn von Papen! ...

R. K.

Weltrundschau

Feind Nr. 1? Die eine, unteilbare Welt zu organisieren, den lebensgefährlichen Widerspruch zwischen dem *Sein* der Menschen, das reißen schnell international wird, und ihrem *Bewußtsein*, das mit zäher Beharrlichkeit national, ja nationalistisch bleibt, aufzuheben — das ist auf lange hinaus *die* große Aufgabe aller Völkerpolitik und muß darum auch im Mittelpunkt aller weltpolitischen Betrachtungen stehen. Allein mit dieser Feststellung, die nach-

gerade banal anmutet, ist ja noch nicht viel gewonnen. Die entscheidende Frage ist immer, wo wir *ansetzen* müssen, um die unserer Zeit gestellte Aufgabe erfüllen zu können; mit anderen Worten: wo das hauptsächlichste *Hindernis* liegt, das die Welt bisher nicht hat zur Einigung kommen lassen. Nach der Zerschlagung des Faschismus in seiner deutschen, italienischen und japanischen Gestalt geht in Westeuropa und Amerika — von Asien und Afrika her nehmen sich die Dinge wesentlich anders aus! — die weitaus überwiegende, durch eine ungeheure Propaganda genährte, ja eigentlich erst geschaffene Meinung dahin, daß der große Feind des Friedens und des Wiederaufbaus der Welt das *kommunistische Rußland* sei, das im Grunde, trotz gewissen zweitrangigen Unterschieden, vom gleichen Geiste befeelt sei, wie es Hitlerdeutschland war, und auf dessen Unschädlichmachung nunmehr alle guten Kräfte der Menschheit gesammelt werden müßten. Typisch für diese Auffassung ist jene Stelle in dem jetzt auch bei uns gierig verschlungenen Buche von V. Krawttschenko „Ich wählte die Freiheit“ (das ja selbst ein Werkzeug der erwähnten Propaganda ist), an der behauptet wird:

„Der nächste Schritt zur Weltfrieden liegt nicht in einer Weltorganisation — obschon auch diese kommen muß —, sondern in der Befreiung der russischen Massen von ihren Tyrannen. Man braucht bloß anzunehmen, Rußland werde durch irgend ein Wunder plötzlich demokratisiert, um zu erkennen, daß die meisten Spannungen, die heute den Frieden der Menschheit bedrohen, von selbst nachlassen und eine ehrliche Zusammenarbeit auf der Welt möglich wird. Die Befreiung Rußlands von seinem totalitären Joch, kann man einwenden, sei eine Sache, die nur die Russen angehe. Wer so denkt, begeht einen großen Fehler. In mancher Hinsicht hängt die Sicherheit der ganzen Zivilisation und die Möglichkeit eines dauernden Friedens von dieser Befreiung ab.“

Das heißt also, etwas deutlicher gesprochen: Was jetzt nötig ist, um die menschliche Kultur zu retten und den Weltfrieden zu sichern, das ist ein Kreuzzug der freien Völker zum Sturze des Sowjetregimes. Jedes Zögern kann für die Welt gefährlich werden, darf man sich doch über die satanischen Absichten der Russen keinen Täuschungen hingeben; hätte die Sowjetunion die Atombombe als erste Macht der Erde hergestellt, so hätten sich die Machthaber im Kreml — Krawttschenko sagt das (Seite 525 der deutschen Ausgabe) mit dürren Worten — keinen Augenblick besonnen, sie gegen die westlich-kapitalistische Welt zu schleudern. Also . . .!

Diktatur und Krieg Das entscheidende Glied in diesem Raisonnement ist die Annahme eines notwendigen, ursächlichen Zusammenhanges zwischen der *Diktatur* in Rußland (die eine Tatsache ist) und einer *aggressiv-kriegerischen Außenpolitik* der Sowjetunion (die eine bloße Behauptung ist). Weil Rußland ein Diktaturstaat ist, müsse es auch zum Krieg treiben. Ist dieser Schluß richtig?

Er kann sich zweifellos auf allerlei geschichtliche Beispiele stüt-

zen. Diktaturen haben oft stärkste Neigung — die bisweilen zum eigentlichen Zwang wurde — für eine nationalistische Eroberungspolitik bekundet; Gewalt im Innern legt Gewalt auch gegen außen nahe. Das wissen wir in der Tat. Aber wir wissen auch, wie fragwürdig alle Analogieschlüsse sind. Und gerade im Falle Rußland ist die Behauptung: „Diktatur gleich Kriegspolitik“ nicht nur fragwürdig, sondern offenkundig falsch und verhängnisvoll — trotz einem gewissen Augenschein von sowjetischer Ausdehnungspolitik und trotz der teils schroffen, teils undurchsichtigen Haltung der russischen Diplomatie.

Die Sowjet-Diktatur, so wie sie heute vor uns steht, ist eben nicht bloß in der Welt- und Lebensanschauung des Bolschewismus begründet; sie ist noch weit mehr die Wirkung der aggressiven und kriegerischen Politik der *außerrussischen*, besonders der kapitalistischen und faschistischen Welt, mit der die Sowjetunion seit 30 Jahren beständig in offenem oder verdecktem Kriegszustand, in einem fast ununterbrochenen Kampf auf Leben und Tod steht. Die Diktatur ist so für Rußland vor allem eine *Schutzeinrichtung*, ein Werkzeug der nationalen und sozialen Verteidigung geworden; und daß im westlichen Kapitalismus und Imperialismus tatsächlich seit Jahrzehnten stärkste Kriegskräfte wirken, die immer wieder mit in erster Linie gegen die Sowjetunion gerichtet waren und sind, das kann nur leugnen, wer das dämonische Wesen des Mammonismus verkennt oder unterschätzt und dazu die auf der Hand liegenden Lehren der jüngsten Geschichte geflissentlich überieht.

Schutz, Verteidigung, Sicherung ist der Grundgedanke der russischen Außenpolitik namentlich auch seit Kriegsende. Daran ändert der Umstand nichts, daß die Sowjetunion ein Lebensinteresse an der Zurückdrängung, ja völligen Ueberwindung des Kapitalismus und Imperialismus hat, daß sie die Verbreitung der kommunistischen Lehre und Praxis über die ganze Welt hin wünschen, ja fördern muß, um ihr Leben zu sichern. Darin liegt unbedingt eine Gefahr, nicht nur für die bürgerlich-kapitalistische Welt (für deren Verteidigung wir keinen Finger rühren), sondern auch für den nichtkommunistischen, den freiheitlichen Sozialismus, dessen Zersetzung ein Unglück für das Abendland wäre; aber das darf uns dennoch nicht den Blick für die Tatsache trüben, daß die Sowjetunion seit der Liquidation ihrer weltrevolutionären Periode *keinen Krieg* für die Bolschewisierung der Welt zu führen bereit ist, und daß sie einen solchen Krieg, auch wenn sie ihn zu wagen bereit wäre, auf lange, unabsehbare Zeit gar nicht zu führen *vermöchte*. Worauf heute und morgen und übermorgen die russische Politik *tatsächlich* gerichtet ist, gerichtet sein *muß*, das mögen uns zwei Feststellungen sagen, die unlängst sogar in die gewiß unverdächtige „Neue Zürcher Zeitung“ Eingang gefunden

haben. Die eine stammt von dem Rußlandspezialisten des Blattes, Waldemar Jollos, der bei der Schilderung der russischen Kriegsschäden bemerkt:

„Wohl macht der Sowjetstaat die größten Anstrengungen, um die Not zu beheben, wohl weist er mit Stolz darauf, daß es ihm in relativ kurzer Frist gelungen ist, Stalingrad, das Dnjepr-Stauwerk usw. zu neuem Leben zu erwecken, aber noch Jahre werden vergehen, bis die russische Bevölkerung wieder unter menschenwürdigen Bedingungen leben und arbeiten kann. Wenn die Sowjets aus Deutschland, Oesterreich, Ungarn usw. ganze Industrieanlagen, Gebrauchsgüter aller Art nach Rußland geschafft haben, wenn sie so zäh an ihren Reparationsforderungen festhalten, so sind sie überzeugt, nur einem Gebot der ausgleichenden Gerechtigkeit zu folgen. Die ganze heutige Politik Moskaus wird sicherlich durch die Rücksicht auf die unverschuldete Misere des russischen Lebens und durch den Willen, neuen Zerstörungen vorzubeugen, mitbestimmt.“

Andererseits schreibt der konservative englische Journalist Crankshaw, ein Mitarbeiter des „Observer“ und alter Kenner Rußlands, was folgt:

„Obwohl die Beherrscher Rußlands, Stalin und seine Kollegen im Politbureau, sehr gut wissen, daß weder von Amerika noch von Großbritannien eine unmittelbare Kriegsgefahr droht, so glauben sie, daß immerhin eine gewisse *Möglichkeit* für einen Kriegsausbruch innerhalb der nächsten zwanzig Jahre bestehen könnte, und sie möchten für diesen Fall gerüstet sein. Von dieser Absicht wird die gesamte Außen- und Innenpolitik Rußlands getragen, und hinzu kommt das Wissen um die Schwäche und die Zerstörungen des Landes. Um jeden Preis muß also der Krieg so lange als möglich vermieden werden. Und um jeden Preis muß Rußland so schnell als möglich aufgerüstet werden.“

So ist es. Ein Werkzeug für den wirtschaftlichen Wiederaufbau, für die militärische Rüstung und für die Verteidigung gegen äußere Gefahr — *das* ist in den Augen der führenden Männer Rußlands heute die Diktatur, nicht aber ein Mittel des Angriffs und der Bedrohung gegenüber anderen Völkern und Gesellschaftssystemen.

Die andere Diktatur Nun aber — wie steht es auf der anderen Seite der Barrikade? Denn es gibt ja doch nicht bloß die *politische* Diktatur in den östlichen, mehr oder weniger kommunistischen Staaten; es gibt auch die *wirtschaftliche* und *soziale* Diktatur in den westlichen, mehr oder weniger kapitalistischen Staaten, die immer stärker die Neigung bekundet, auch zur politischen Diktatur zu werden. Oder sollen wir uns umständlich um den Nachweis bemühen, daß es *diese* Diktatur ebenso wirklich gibt wie die politische Diktatur in der Sowjetunion und den von ihr abhängigen Ländern? Sollen wir im einzelnen zu zeigen suchen, wie gefährlich für die Freiheit, die Wohlfahrt und den Frieden sie ist — umso gefährlicher, je selbstbewußter sie in liberalem und demokratischem Gewande auftritt? Begnügen wir uns mit der einfachen Feststellung, daß die Diktatur des Kapitals zu einer Kriegsgefahr erster Ordnung herangewachsen ist (obschon sie gewiß nicht die einzige Kriegsgefahr

ist), und daß die Vereinigten Staaten von Amerika, die Zentralfestung des Weltkapitalismus, gleichzeitig auch die mächtigste potentielle Kriegskraft geworden sind, die nicht rein zufällig die allerverheerendsten Explosivstoffe in sich birgt, die menschlicher Geist bisher erfunden hat.

Das *offizielle Amerika* mit seinem ungebrochenen Glauben an die „freie Wirtschaft“ steht den großen sozialen Umwälzungen der letzten 30 Jahre völlig verständnislos gegenüber. Es begreift nicht, daß das Zeitalter des Kapitalismus und Imperialismus, allem gegenteiligen Augenschein zum Trotz, seinem Ende entgegengeht, vielleicht einem Ende mit unerhörten Schrecken. Wohl weiß in den Vereinigten Staaten jedermann, daß hinter der gegenwärtigen Hochkonjunktur, die sehr zeitbedingt ist, schon wieder die Krise lauert, und gerade in den letzten Wochen haben sich die Anzeichen dafür vermehrt, daß der heimische Markt für zahlreiche Massengüter einer vorläufigen Sättigung entgegengeht, wenn auch ein ernster Grund zur Annahme, daß ein eigentlicher Wirtschaftszusammenbruch bevorstehe, nicht vorliegt¹⁾. Aber man hofft drüben immer noch, den bei der ungeheuren, ständig zunehmenden Leistungsfähigkeit der amerikanischen Produktion so dringend nötigen Ausgleich von Angebot und Nachfrage durch einen gesteigerten Absatz im *Ausland* schaffen zu können, und forciert diesen denn auch mit allen Mitteln, wobei neuerdings die großzügige Gewährung von Anleihen an die dollarschwachen Länder für den Kauf von amerikanischen Lebensmitteln, Rohstoffen und Fertigwaren, vor allem Maschinen für Landwirtschaft und Industrie, mehr und mehr in den Vordergrund tritt. Es werden da Pläne von beispiellosem Ausmaße gewälzt, Pläne, die freudigst zu begrüßen wären, wenn sie nicht zugleich die *Weltmachtstellung* der Vereinigten Staaten in außerordentlichem Grade zu befestigen und zu erweitern bestimmt wären. Denn die in Aussicht genommenen Kredite sollen ja ausschließlich den sogenannten freien Ländern zugutekommen, also auf keinen Fall der Sowjetunion und auch nicht den unter ihrem Einfluß stehenden Ländern, sondern nur den anderen, die entweder schon jetzt zu Rußland in Gegensatz stehen oder doch künftig in einen gegen die Sowjetunion gerichteten Weltblock eingefügt werden können. Diese Bedingung wird vermutlich — denn Klar-

¹⁾ Die neuesten Erhebungen des Handelsministeriums haben ergeben, daß in Handel und Industrie die Absatzsteigerung, die seit über einem Jahr angehalten hat, im großen ganzen zum Stillstand gekommen ist. Die Zahl der Arbeitslosen betrug im April bereits 2,5 Millionen (davon 500 000 allein in New York) — und dürfte, wenn die gegenwärtige Wirtschaftstendenz fort dauert, in Bälde das Doppelte erreichen. Auch in der Landwirtschaft befürchtet man Absatzstörung und Preisfall und sieht der Zukunft mit Sorge entgegen, wobei man sich daran erinnert, daß die große Krise der Dreißigerjahre zuerst die amerikanische Landwirtschaft erfaßt hat.

heit besteht darüber noch keineswegs — auch an den vor kurzem lancierten „*Marshall-Plan*“ geknüpft werden, von dem jetzt alle Zeitungen voll sind, und der deshalb kaum zu Unrecht bereits als „die größte wirtschaftliche Operation im Sinne der Trumandoktrin“ angesprochen wird.

Vielleicht ist die antirussische Zielsetzung der Anleihenpolitik der Regierung Truman-Marshall zum Teil nur ein Propagandamittel, um angesichts der wachsenden Verstrickung Amerikas in die Weltangelegenheiten nicht wieder isolationistische Strömungen aufkommen zu lassen und die amerikanischen Steuerzahler für die Uebernahme der großen Lasten gefügig zu machen, welche die Interventionspläne unvermeidlich zur Folge haben werden. Sicher ist aber, daß die maßgebenden Kräfte, die hinter der Außenpolitik der Vereinigten Staaten wirken, den *Kampf gegen die Sowjetunion* völlig ernst meinen, blutig ernst — einmal weil die verzweifelten Ausdehnungsbestrebungen des amerikanischen Kapitals überall, besonders in Westeuropa und Asien, auf die Sowjetunion und ihre Machtinteressen stoßen, und sodann darum, weil die bloße Existenz der Sowjetunion und ihr gewaltiger Einfluß auf die gedrückten und notleidenden Völkermassen eine Gefahr für den amerikanischen und den Weltkapitalismus darstellt, die um jeden Preis gebannt werden muß, solange es noch Zeit ist. Und das heißt nicht nur: solange Amerika noch das Monopol der Atombombe hat, sondern auch: bevor die nächste große Wirtschaftskrise kommt, die in den Vereinigten Staaten wie in der übrigen vom Kapitalismus beherrschten Welt zu schweren sozialen und politischen Erschütterungen führen und der Sowjetunion eine unerhörte Chance für die Ausdehnung ihres Machtbereiches bieten kann.

Die grosse Aktion Diefem Zweck, Sicherheit gegen Erschütterungen des gegenwärtigen Regimes und insbesondere gegen eine zweite, verbesserte und verstärkte Auflage des New Deal zu schaffen, dient in den Vereinigten Staaten weithin auch der so groß aufgezugene *Feldzug gegen die Kommunisten* und ihre Mitläufer. Kommunisten sagt man, Planwirtschaftler und Gewerkschaften, Wallace und Dritte Partei meint man. Dieser Feldzug ist auch in der Berichtszeit zielbewußt weitergeführt worden. Der unglaubliche „Auschuß zur Untersuchung amerikafeindlicher Umtriebe“, vor den nun auch Charlie Chaplin und der Negerfänger Robeson zitiert werden sollen, durchleuchtet in feiner Weise unermüdlich die hintersten Ecken der Union nach roten und rötlichen „Elementen“; die Säuberung der Verwaltung und der öffentlichen oder halböffentlichen Betriebe von „Staatsfeinden“ nimmt allmählich geradezu groteske Formen an; und wie lange die Kommunistische Partei noch gesetzlich geduldet sein wird, bleibt erst abzuwarten.

Viel wichtiger ist aber die große *Offensive gegen die Gewerk-*

schaften, die sich auf politischem Boden immer weiter entfaltet. Nachdem in 13 Einzelstaaten mehr oder weniger gewerkschaftsfeindliche Gesetze beschlossen worden sind, haben nunmehr beide Häuser der Bundesversammlung der Revision des berühmten Wagnergesetzes zugestimmt, und zwar in einer Form, die größere Streiks, ja auch nur Gesamtarbeitsverträge, fast unmöglich machen und die Tätigkeit der Gewerkschaften auch sonst ungemein erschweren wird, wenn Präsident Truman seine Unterschrift dazu gibt oder sich das Parlament über ein Veto des Präsidenten hinwegzusetzen vermag *). „Den ersten Schritt zum Faschismus“, hat Philip Murray, der Präsident des C. I. O., dieser so gemäßigte, sich übrigens zum römischen Katholizismus bekennende Gewerkschaftsführer, der auch an der Spitze des mächtigen Stahlarbeiterverbandes steht, das neue Gesetz genannt; und in der Tat: mit der Kommunistenjagd hat es überall angefangen, mit der Lähmung der Gewerkschaftsbewegung ist es weitergegangen — und wo es gewöhnlich endet, das sollte man nachgerade auch wissen. Man glaube ja nicht, Amerika sei gegen so etwas wie Faschismus unbedingt gefeit; wenn es auch in den Vereinigten Staaten kaum zu einer förmlichen Aufhebung der bürgerlichen Freiheiten kommen wird, so gibt es doch der Mittel genug, um ihre tatsächliche Ausübung unmöglich zu machen (der Terror gegen die Neger in den Südstaaten ist nur *ein* Beispiel dafür) und die Volksmeinung nach dem Willen der Führungsschicht zu lenken wie in irgend einem offen totalitären Staat.

Natürlich dient die Offensive gegen die Linke, neben ihrem innerpolitischen Zweck, in hohem Maße auch der neuen amerikanischen *Außenpolitik*, die unter dem Namen der Trumandoktrin, milde ausgedrückt, eine Art kollektiver Sicherheit gegen den Kommunismus erstrebt. Diese Politik hat sich in den vergangenen Wochen ebenfalls scharfer abgezeichnet. Die Stimmen mehren sich, die eine endgültige Abwendung der Vereinigten Staaten von aller Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und die konsequente Neuordnung der außerrussischen Welt nach dem Bild und Gleichnis Amerikas fordern. Herbert Hoover zum Beispiel empfiehlt den Abschluß eines Sonderfriedens mit Westdeutschland und Japan; andere Politiker verlangen den Ausschluß Rußlands aus der Organisation der Vereinten Nationen

*) Inzwischen hat Präsident Truman wirklich sein Veto gegen das Gesetz eingelegt, und zwar in überraschend scharfer Form. Das Abgeordnetenhaus hat es sofort „überrannt“, während im Senat ein aussichtsloser Kampf dagegen in diesem Augenblick noch im Gang ist. Die Folgen der Inkraftsetzung der Vorlage werden auf jeden Fall schwer sein. Herr Truman aber hat sich mit seinem Einspruch die Stimmen der Gewerkschaftsmitglieder bei der Präsidentschaftswahl des nächsten Jahres wohl gesichert und damit gleichzeitig einer Kandidatur Wallace viel Wind aus den Segeln genommen. 23. Juni.

und seine förmliche Aechtung als Strafe für seine Weigerung, dem amerikanischen Plan für die Kontrolle der Atomkraftausnützung zuzustimmen, obwohl die neuen, am 12. Juni von Gromyko gemachten russischen Vorschläge eine überraschend weitgehende Annäherung an den Baruchplan darstellen und eine vollständige Einigung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion keineswegs als unmöglich erscheinen lassen; der unvermeidliche Mr. Bullitt aber, der immerhin amerikanischer Botschafter in Moskau und Paris war, erläßt einen Aufruf zur Bildung eines „Bundes der europäischen Demokratien“, der den Russen eine fraglos überlegene, jederzeit schlagfertige Armee entgegenwerfen müsse, denn es sei heute „nur noch die Macht unserer Luftwaffe und die Furcht vor der Atombombe, die Stalin davon abhalte, der Roten Armee den Befehl zu geben, ganz Europa zu besetzen“ ...

Die Regierung selber und die Führer der beiden Parteien, die das Land in Form einer Koalition beherrschen, scheinen entschlossen, die *militärische Dienstpflicht* als dauernde Einrichtung beizubehalten; der Sonderauschuß, der zur Prüfung dieser Frage eingesetzt worden ist, weist nachdrücklich darauf hin, daß ein Ueberfall auf die Vereinigten Staaten nach Art von Pearl Harbor ständig an Möglichkeit gewinne und von 1955 an sogar ein Atombombenangriff zu gewärtigen sei, der dann einen sintflutartig über Amerika hereinbrechenden Vernichtungskrieg entfesseln werde. Präsident Truman setzt sich denn auch immer wieder für ein Höchstmaß militärischer Rüstung ein, wobei er letzthin nicht davor zurückschreckte, die Schaffung einer starken, der Friedenswahrung dienenden Wehrmacht als „unseren Anteil an der Ausführung des Willens Gottes“ zu erklären, das heißt also der alten militaristischen Losung von der Kriegsrüstung als bester Friedenssicherung höchste religiöse Weihe und Autorität zu geben.

Presse und *Radio* leisten ihrerseits das Möglichste, um das amerikanische Volk in Rüstungsfieber und Kriegsfurcht hineinzujagen, der Tatsache bewußt, daß eine so friedfertige Nation wie die der Vereinigten Staaten nur dann auf den Kriegspfad gestoßen werden kann, wenn ihr die Wahrscheinlichkeit, ja Unvermeidlichkeit eines feindlichen Ueberfalls vorher über jede Möglichkeit eines moralischen Widerstandes hinaus suggeriert worden ist. Wer ein Beispiel dafür haben will, daß einem Volk auch bei formaler Pressefreiheit und ganz im Rahmen der bürgerlichen Demokratie eine vollendete Diktatur der Lüge aufgezwungen werden kann, die im Innern den Kapitalismus aufrechterhält und die sozialistische und Arbeiterbewegung zu Boden drückt, nach außen aber einen friedensgefährlichen Imperialismus und Militarismus begünstigt, der findet es hier sozusagen in Reinkultur.

Die Weltfront gegen den Kommunismus

So nimmt denn, unter amerikanischer Führung, die Weltfront gegen den Kommunismus — und das heißt gegen die Sowjetunion — immer festere Formen an. Zunächst auf der westlichen Halbkugel; die militärisch-politische Zusammenarbeit der Vereinigten Staaten mit Kanada einerseits, Lateinamerika andererseits wird zunehmend inniger, in jüngster Zeit durch Staatsbesuche Präsident Trumans in Ottawa und Mexico City noch besonders unterstrichen. Was die neue Allianz der Vereinigten Staaten mit Mexiko betrifft, die bei Amerikas südlichem Nachbarn anscheinend alle Erinnerung an den früheren erbitterten Widerstand gegen den Yankee-Imperialismus ausgelöscht hat, so werden deren Hintergründe nicht übel durch einen von diplomatischer Seite stammenden Artikel über die Lage in Mexiko beleuchtet, der am 30. Mai d. J. im „Volksrecht“ erschienen ist. Es heißt darin:

„Die höheren Schichten, jene, die man als die Gesellschaft oder die ‚hohe Gesellschaft‘ bezeichnet, und deren Machtgrundlage durch die Revolution von 1910 stark geschwächt wurde, sowie auch die Bourgeoisie erwarten von der engeren Bindung an die Vereinigten Staaten Kapitalhilfe von Wallstreet. Das Volk selbst, in großem Maße Analphabeten, mit einem unwahrscheinlich tiefen Lebensniveau, hat die kindliche Illusion einer kommenden Prosperität, die man ihm immer wieder versprach, und die es nun mit der Hand zu greifen wähnt. Bei diesen Elementen spielt auch der Einfluß der Kirche eine überwiegende Rolle, ein Einfluß, der unter der Präsidentschaft Generals Cardenas zurückging, der aber heute, unter der offensichtlichen Einwirkung der Vereinigten Staaten, neuerdings stark zugenommen hat.

... Alle diese Einflüsse verdichten sich in dem Slogan der neuen amerikanisch-mexikanischen Freundschaft: Kreuzzug gegen den Kommunismus.

... Diese Angst vor der Sowjetunion wird aber in Mexiko nur von der katholischen Kirche und von jenen reaktionären Kreisen, die neben der Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung Mexikos die Festigung der konservativen, ja reaktionären Ordnung der lateinamerikanischen Staaten erhoffen, geteilt. Auch heute noch zeigt diese Haltung gewisse Aspekte des Nationalsozialismus. Man vergesse nicht, daß Mexiko eine starke deutsche Kolonie besitzt, und daß der Großhandel in den Händen einer französischen Kolonie ist, die ihre Treue zu Marshall Pétain erst ableugnete, als das Bekenntnis nicht mehr opportun war.

Für alle diese Kreise ist die enge Zusammenarbeit mit Amerika schon vollzogen; denn weder die Presse noch die Wochenschau erwähnen jene Orte, wo man im Begriffe ist, Flugplätze für amerikanische Flugzeuge zu bauen, noch daß an verschiedenen Punkten des Pazifik Marinebasen entstehen, die für die nicht vorhandene mexikanische Marine kaum notwendig wären. Und endlich, daß Mexiko überschwemmt ist von gewissen blonden und hohen Herren mit entwickeltem Bizeps, deren Aufgabe es ist, die mexikanische Polizei zu reorganisieren.“

Angeichts des Lärmes, der um jede ähnliche Bemühung der Sowjetunion in ihrer Interessenzone herum gemacht wird, sind diese Feststellungen besonders pikant.

Im Zeichen des Kreuzzuges gegen den Kommunismus haben die Vereinigten Staaten nun auch endgültig ihren Frieden mit dem faschi-

ftischen *Argentinien* gemacht. Warum sich auch noch um Kleinigkeiten zanken, wo man doch in der Hauptsache, eben dem Kampf gegen die rote Gefahr, ein Herz und eine Seele ist?

In *Europa* und *Asien* aber wird Amerika erst recht immer offenkundiger die große Hoffnung aller Reaktion und sozialen Konfervation. Von Franco und Salazar über Churchill, de Gaulle und de Gasperi zu den rechtsbürgerlichen Gruppen in Osteuropa und auf dem Balkan und weiter zu den türkischen Diktatoren und den feudalen Oberklassen der arabischen Welt bis hin zu Tschiang Kai-Shek und den japanischen Truftherren, nicht zu vergessen die in der römischen Kirche wirkenden demokratie- und sozialismusfeindlichen Kräfte²⁾ — überall gelten in diesen Kreisen die Vereinigten Staaten (es ist ein Jammer!) als das festeste Bollwerk der alten Weltordnung, die man vom Kommunismus und von der Sowjetunion her am schwersten bedroht sieht. „Schluß mit der Sozialisierung!“, diese Parole Harold Staffens, der seine Kandidatur für die Präsidentschaft umsichtig vorbereitet und hier sicherlich die Meinung des gesamten amerikanischen Groß- und Mittelbürgertums ausdrückt, findet natürlich besonders starken Widerhall bei den Anhängern der kapitalistischen „Ordnung“ auch sonst in aller Welt, und es kommt nicht von ungefähr, daß die „Neue Zürcher Zeitung“ den von Amerika ausgehenden Bestrebungen, durch das Mittel des „privaten Unternehmertums“ dem europäischen Wiederaufbau „die erwartete Initialzündung zu geben“ (also diesen Wiederaufbau zu einem grandiosen Geschäft zu machen), überzeugten Beifall spendet, bescheiden hinzufügend: „Daß auch die *Schweiz* dank ihrer angesehenen Vermittlerstellung hier gute Dienste leisten kann, liegt auf der Hand“. Es liegt tatsächlich!

²⁾ Im „*Christian Century*“ schreibt Paul Hutchinson: „Die römische Kirche hat jetzt einen vollendeten Meister der Staatskunst an ihrer Spitze. Ein frommer Katholik, der beim Vatikan hoch in Gunst steht, sagte mir letzten Sommer in Rom, er frage sich manchmal, ob der gegenwärtige Papst nicht ein etwas zu vollendeter Meister dieser krummen (devious) Kunst sei. Die römische Kirche hat auch eine wirklichkeitsgemäÙere Auffassung von den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Tatsachen des zeitgenössischen Lebens als die meisten anderen Gemeinschaften. Sie denkt weiter als andere Kirchen. Im Blick auf die Möglichkeit, von der kommunistischen Welle in Europa verschlungen zu werden, bereitet sie sich vor, ihr Schwergewicht nötigenfalls nach Amerika zu verlegen. Mit der jüngsten Umgestaltung des Kardinalkollegiums dezentralisiert sie sich so sehr, als dies bei ihrer päpstlichen Form überhaupt möglich ist. Aber in ihrem heißen Bemühen, Verbündete zur Niederwerfung des Kommunismus zu finden und zu gebrauchen, erwirbt sie sich im Denken des Volkes den Ruf, für die Reaktion Partei zu nehmen, einen Ruf, den weder Rundschreiben wie ‚*Quadragesimo anno*‘ noch ‚christlich-sozialistische‘ Programme wie das des französischen M. R. P. auslöfchen können.“

Der Gegenstoß Nun beginnt sich aber bereits auch der russische Gegenstoß gegen die amerikanische Offensive zu entwickeln. Im Vordergrund steht das, was unsere Presse den „kalten Staatsstreich in *Ungarn*“ heißt. Die Vorgänge, die dazu geführt haben, liegen im einzelnen noch ziemlich im Dunkeln; über ihren Sinn und Zweck kann aber kein Zweifel bestehen. Die russische Besetzungsmacht hatte im Jahr 1945, entgegen allem ungarischen Brauch und entgegen auch ihrer Praxis in den anderen Ländern ihres Einflußbereiches, darauf verzichtet, die Wahlen zum Abgeordnetenhaus zu „machen“. Die Folge war, daß eben, wie bisher, die konservativ-reaktionären Kräfte sie machten (wenn auch diesmal ohne Mithilfe des amtlichen Apparats) und die sogenannte Partei der Kleinen Landwirte, die Sammelorganisation aller Anhänger des alten Regimes wie der Verteidiger der Agrarrevolution, eine Mehrheit von 55 Prozent der Sitze bekam. Zug um Zug hat seither die Sowjetunion diesen Kunstfehler korrigiert, und den vorläufigen Abschluß der Operation bildet nun die neuerliche „Säuberung“, ja Entmachtung der Kleinlandwirtepartei und die Ersetzung einiger ihrer bisherigen Minister, die allzu stark nach rechts zogen, durch ebenfalls der Partei angehörige zuverlässige Freunde der Sowjetunion, die damit auch Ungarn eindeutig in die Hand bekommen haben dürfte und kaum mehr viel zu befürchten hat, auch wenn die russischen Truppen das Land räumen müssen.

Phantasievolle Berichterstatter wollten den Versuch zu einem ähnlichen „Putzsch“ auch in *Oesterreich* gemacht sehen; doch erwies sich bald, daß der kommunistische Abgeordnete Ernst Fischer nicht von sich aus, oder im Auftrag der Russen, eine Erweiterung der Regierung nach links hin vorgeschlagen oder gar die Erhebung der Kommunistischen Partei in die entscheidende Machtstellung angestrebt hatte, sondern daß er einfach von einer Gruppe katholisch-konservativer Politiker wiederholt zu Besprechungen eingeladen worden war, in denen, anscheinend ziemlich dilettantisch, auch die Zweckmäßigkeit einer Umbildung des Ministeriums erörtert wurde, ohne daß die Sache aber weiter verfolgt worden wäre. Auch die Alarmmeldungen von einem bevorstehenden gewaltsamen Sturz der klerikalen *slowakischen* Regierung sind inzwischen als tendenziös erwiesen worden. Hingegen ist es richtig, daß sich in *Polen*, *Rumänien* und *Bulgarien* der russisch-kommunistische Druck auf die noch bestehenden kümmerlichen Reste der Oppositionsgruppen verstärkt, so wie es auch auffallen mußte, daß gerade in den Tagen der ungarischen Krise eine nach München einberufene Konferenz der Ministerpräsidenten der *deutschen* Länder von den Vertretern der Regierungen der russischen Zone unter einem nichtigen Vorwand gesprengt wurde. Alle diese Vorgänge, mit denen dann auch noch die ange-

lich von einem „geheimen Orchesterdirigenten“ (das Wort stammt von Ministerpräsident Ramadier) geleiteten Streikbewegungen in Frankreich und sogar ein Einfall mongolisch-russischer Truppen nach *China* kombiniert wurden, beweisen zwar nicht — wie die landläufige Propaganda will —, daß die Welt einer großangelegten Verschwörung zur Aufrichtung einer kommunistischen Weltdiktatur gegenübersteht, wohl aber sind sie als Anzeichen eines bald da, bald dort ausgeübten *Gegendruckes* der Sowjetunion und ihrer Verbündeten gegen den Druck der Westmächte, besonders Amerikas, zu werten, als Stücke des großen Machtkampfes, der seit Kriegsende zwischen der westlichen und der östlichen Welt, mit den Vereinigten Staaten und Rußland als Hauptfiguren, im Gang ist. Wiederholt, auch in der letzten Weltrundschau, habe ich auf die Wirkungen hingewiesen, die der verstärkte Druck der Westalliierten und das unverantwortliche Kreuzzugs- und Präventivkriegsgerede auf die Russen haben müsse: nun sieht es so aus, als sei die russische Reaktion auf die amerikanische Aktion bereits ausgelöst worden — die erste Reaktion wenigstens, denn daß weitere, vielleicht bedeutend heftigere Bewegungen und Gegenbewegungen der einen wie der anderen Seite folgen werden, je mehr es auf die Herbsttagung der alliierten Außenminister zugeht, das ist freilich mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten.

«**Umgekehrte Trumandoktrin**» Mit dieser Feststellung wird das Vorgehen der Russen in Ost- und Südosteuropa nicht gerechtfertigt; es *bleibt*, was es ist: gewalttätig, listereich und gefährlich, und bewegt sich durchaus auf dem Boden jener Art Realpolitik, die wir besonders entschieden ablehnen, wenn sie im Namen einer angeblich dem Imperialismus und seinen Methoden überlegenen sozialistischen Grundanschauung auftritt. Aber *dazu* kann uns eine sachliche Würdigung des Zusammenhanges zwischen westalliierten und sowjetischer Machtpolitik doch helfen: daß sie uns vor jener billigen, pharisäerhaften Haltung bewahrt, die ihren Sarkasmus gewöhnlich nur nach *einer* Seite hin kehrt und in ihrem Eifer für Demokratie und Menschlichkeit die größten Ungerechtigkeiten und Sünden der *anderen* Seite erstaunlich leicht in Kauf nimmt.

Das ist wieder einmal besonders klar geworden im Fall *Ungarn*. Ein paar einfache Wahrheiten drängen sich hier doch ohne weiteres auf. Einmal: Ungarn war nie eine Demokratie. Es war immer eine feudal-kapitalistische Oligarchie, die zuletzt beim Pfeil- und Hakenkreuz gelandet ist. Wenn nun diese Exnazi und Judenschlächter, die sich hinter die Kleinlandwirtpartei gesteckt haben, von ihrem heiligen Kampf für Freiheit und Volksrechte reden, den sie angeblich führen, so ist das aus *diesem* Munde eitel Heuchelei und aufgelegter Schwindel.

Sodann: Die gegenrevolutionäre „Verschwörung“, die einem Teil der Führer der Kleinen Landwirte vorgeworfen wird, mag pour le besoin de la cause dramatisch aufgebauscht worden sein; in ihrem Kern ist sie aber dennoch keine einfache Zweckerfindung der Russen, sondern eine sehr ernst zu nehmende Tatsache. Oskar Pollak, der in Oesterreich einen scharfen Kampf gegen die Kommunisten führt, schreibt darüber in der Wiener „Arbeiterzeitung“ trotzdem:

„Die alten herrschenden Klassen dieser Länder (der russischen Zone), die sich mit dem Faschismus verbündet hatten, sind besiegt, aber sie dürsten nach Rache. Wehe den Arbeitern und Bauern, wehe dem ganzen Volk, wenn die blutbefudelten ‚Herren‘ wieder zur Macht kämen! Ein ungarischer Sozialist hat es in einer Diskussion mit einem englischen folgendermaßen ausgedrückt: Wenn durch das Spiel der parlamentarischen Demokratie bei euch in England die Rechte wieder siegen sollte, so bedeutet das eine Regierung Churchill und schlimmstenfalls die Revision einiger Gesetze. Bei uns bedeutet es, daß wir am nächsten Baum hängen würden . . .

Die Wahrheit ist, daß heute in Ungarn wie in andern östlichen Ländern die Rechte und die Linke, beide, voreinander Angst haben müssen: jede fürchtet sich vor dem Terror der anderen und jede hat recht. Die Wahrheit ist, daß die besonderen Umstände, unter denen die neue Demokratie in diesen Ländern ins Leben trat — geführt von den Kommunisten und verknüpft mit der russischen Besatzung —, sehr rasch die Masse der Bauern und des Mittelstandes von der Linken weg in die Arme der Rechten gedrängt hat. Das Regime antwortet mit der Einschränkung der Demokratie; der Druck erzeugt Gegendruck — so daß heute ein Sieg der Rechten tatsächlich eine ernste konterrevolutionäre Gefahr bedeuten müßte und deshalb mit Recht von der Linken mit allen Mitteln zu verhindern gesucht wird.“

Und schließlich: Die Westmächte, besonders Amerika, verteidigen die ungarische „Demokratie“ aus denselben Gründen, aus denen sie die „Demokratie“ in Griechenland und der Türkei stützen — zum Zweck ihres Machtkampfes gegen die Sowjetunion und für ihre nahöstlichen Wirtschaftsinteressen. Wenn aber Amerika das Recht beanspruchen darf, seine Sicherheit am Bosporus und am Olymp, viele tausend Meilen von der heimatlichen Küste entfernt, zu verteidigen, mit welchem Recht will man es da der Sowjetunion verwehren, *ihre* Interessen an der Donau und in den Karpathen zu verteidigen, also im unmittelbaren Vorlande der russischen Ebenen? „Die Vorgänge in Ungarn“, so bemerkt der Washingtoner Korrespondent der „NZZ“ völlig zutreffend, „sind eine weitere Auswirkung der ‚Trumandoktrin‘, insofern als sie le revers de la médaille darstellen — die ‚Trumandoktrin‘ im Stile der Russen.“ Wir, die wir die Trumandoktrin selbst ablehnen, zögern nicht, auch ihre Umkehrung, ihre Anwendung durch die Russen *gegen* die Amerikaner, zu beklagen und zu verwerfen. Gegen Atombomben und Raketenflugzeuge hilft kein eiserner Vorhang! Wer aber die *amerikanische* Sicherheitspolitik für gerechtfertigt erklärt, der kann auch den Russen keinen Vorwurf machen, wenn sie sich der nämlichen Mittel für *ihre* Zwecke bedienen. Siehe übrigens auch oben Mexiko!

Nebenbei: Zu welchen Ergebnissen die angelsächsische Politik in Griechenland geführt hat, das erfährt man von dem britischen

Labour-Abgeordneten George Thomas, der auf Grund eigener Anschauung im „Socialist Commentary“ schreibt:

„Freiheit gibt es in Athen, und nur in Athen, aber auch dort ist die Freiheit auf die Hauptstraßen beschränkt. Wer sich in den Vorstädten und gar in der Provinz beim Lesen eines Linksblattes blicken läßt, der setzt sich Mißhandlungen oder noch Schlimmerem aus. Die Sozialisten sind wegen ihrer politischen Opposition zur Regierung zu Tausenden verbannt. Die Inseln um Griechenland herum stecken voll mit politischen Verbannten . . . Anständige Bürger, Aerzte, Advokaten, Lehrer, Hirten und andere aus allen Lebensgebieten flüchten sich in die Berge, um sich den Guerillas anzuschließen . . . Hier handelt es sich nicht um einen gewöhnlichen Bürgerkrieg. Die Aufständischen kämpfen nicht, um an die Regierung zu kommen, sondern um in Frieden leben zu können. Es ist wichtig, zwischen den Aufständischen und der E. A. M. zu unterscheiden, die als politische Bewegung kämpft, um Macht zu gewinnen. Es schien allgemeine Uebereinstimmung darüber zu herrschen, daß die Kommunistische Partei etwa 15 Prozent des Mitgliederbestandes der E. A. M. ausmacht, die eine Koalition von sechs Parteien ist.“

Und angesichts solcher Früchte des westmächtlichen Eingreifens in Griechenland zu Gunsten der „Ordnungsparteien“ wundert man sich noch, daß die Russen ähnliche Zustände nicht auch in Ungarn wollen, wundert sich, wenn die ungarische Regierung, der eine grundsätzlich bereits bewilligte ungarische Anleihe nun gesperrt werden soll, erklärt: „Wir werden unsere Freiheit um keinen Preis verkaufen. Wir haben nicht im Sinne, zu erlauben, daß man aus Ungarn Griechenland oder die Türkei macht!“

Deutschland Was von Südosteuropa, das gilt auch von West- und Mitteleuropa. Die Westalliierten sind voller Sorge vor allem über die russischen Pläne mit *Deutschland*.

„Das wichtigste Ziel der Sowjetpolitik für Deutschland“, so schreibt in der „New York Times“ Drew Middleton, der als einer der gescheiterten amerikanischen Auslandskorrespondenten geschildert wird, „ist die geistige und politische Beherrschung des Landes und seines Volkes . . . Deutschland ist der große geistige Kampfboden. Wird der Kampf dort verloren, dann wird er auch sonst überall auf dem Kontinent verloren . . . Die Deutschen werden (von russischer Seite) als die Hauptmitarbeiter der Sowjetunion im neuen Europa betrachtet, als die Lieferanten der Techniker und der industriellen Schlüsselprodukte für das sich ausdehnende Sowjetreich . . . Die russische Besetzungszone stellt hier den vollständigsten und bedeutendsten Sowjetbrückenkopf in Westeuropa dar . . . Die politische Einheit (Deutschlands) hieße für die amerikanische und britische Zone Durchsetzung mit kommunistischen Parteiagitatoren. Ihre Aufgabe wäre die Hemmung der Produktion durch Streiks und Wegbleiben von der Arbeit, wofür die Besetzungsmächte verantwortlich gemacht würden, während sie gleichzeitig ihr Evangelium einem Volke predigten, dessen Lebenshaltung fänke.“

Die Spekulation à la baisse und gar die Absicht einer planmäßigen Verschlechterung der Wirtschaftslage in Deutschland, die hier den Russen unterschoben wird, scheint mir zum mindesten unbewiesen, ja widersinnig zu sein; wenn die Sowjetunion Reparationen aus der laufenden Produktion Deutschlands will, dann muß sie im Gegenteil für eine Steigerung der deutschen Wirtschaftsleistung besorgt

sein. Daß aber die Russen darauf ausgehen, die Hand auch auf West- und womöglich Süddeutschland zu legen und ein politisch und wirtschaftlich geeinigtes Deutschland irgendwie unter ihren Einfluß zu bringen, das ist ebensowenig zu verkennen wie der Fortschritt, den die Kommunisten auch in der britisch-amerikanischen Besetzungszone (es handelt sich ja seit dem 10. Juni wenigstens wirtschaftlich einmal um eine Einheitszone) in der letzten Zeit gemacht haben. Besonders in Nordrhein und Westfalen, dem industriellen Kern Deutschlands, sind sie bei den Landtagswahlen den Sozialdemokraten und den Christlichdemokraten schon erheblich nahegerückt und üben auch in den Gewerkschaften einen bedeutenden, im Bergarbeiterverband sogar den maßgebenden Einfluß aus, was ihnen wirtschaftlich — ähnlich wie in Frankreich — eine außerordentlich starke Stellung sichert. Andererseits trägt die Verschlimmerung der Ernährungs- und Produktionsverhältnisse, die in den vergangenen Wochen sozusagen in allen Gegenden Deutschlands eingetreten zu sein scheint³⁾ nicht wenig dazu bei, die Bevölkerung für die russisch-kommunistischen Losungen empfänglich zu machen.

Aber haben denn — so muß man sich immer wieder fragen — die Westalliierten eigentlich ein Recht, sich über diese ganze Entwicklung zu beklagen? Was haben sie bisher Entscheidendes getan, um sie zu verhindern? Und wenn sie es den Russen empört übelnehmen, daß sie Deutschland politisch und wirtschaftlich zu beherrschen streben — was erstreben denn *sie*? Geht nicht eine mächtige Strömung namentlich auf amerikanischer Seite (Plan Dulles) darauf aus, mindestens Westdeutschland, mit dem rheinisch-westfälischen Industrievier als Herzstück, einem ausgesprochen kapitalistisch orientierten westeuropäischen Bund einzuverleiben, der unvermeidlich in Gegensatz zu Osteuropa geraten müßte und auf das russisch besetzte Deutschland eine solche Anziehungskraft ausüben sollte, daß sich von hier aus eine Einigung Deutschlands unter westlicher Führung ergäbe? Und wenn die Russen verdächtigt werden, die deutsche Produktion künstlich niederzuhalten, um die Volksmassen revolutionsreif zu machen: sind denn die dem Dulles-Plan entgegengesetzten amerikanischen Pläne, Deutschland als Wirtschaftskonkurrenten endgültig auszuschalten (Projekt Morgenthau), schon gänzlich aufgegeben?

³⁾ Aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet wird berichtet, die Kohlenförderung sei so ungenügend (215 000 Tonnen im Tag gegen 450 000 Tonnen gemäß Plan), daß eine „Wirtschaftskrise größten Ausmaßes“ drohe. Gleichzeitig halte der Lebensmittelmangel in unverminderter Schärfe an und rücke die Gefahr eines Abfackens nahe, von dem es dann für lange Zeit keine Erholung mehr gebe. Die Demoralisierung nehme bedenklich überhand, und die Demokratie vollends sei schwer bedroht. Auch in Südwürttemberg, das unter französischer Herrschaft steht, wird ein derartiger Mangel an Lebensmitteln, Werkzeugen und Material gemeldet, daß ein Zusammenbruch nicht ausgeschlossen sei.

Kurz: die russischen Absichten mit Deutschland sind eine Gefahr nur, solange Deutschland ein Gegenstand des Machtkampfes zwischen Ost und West ist. Wie ihre ganze Außenpolitik, so ist auch die Deutschlandpolitik der Sowjetunion aufs nachhaltigste von dem Bedürfnis nach Abwehr und Sicherung gegenüber dem expansiven westlichen Kapitalismus und Imperialismus beherrscht, während eine Organisation Deutschlands und Westeuropas auf plan- und gemeinschaftlichem Boden ein völlig neues, grundsätzlich auf ein friedliches Zusammenleben gerichtetes Verhältnis zwischen Ost und West schaffen müßte. Wer ist aber für den *gegenwärtigen*, so unbefriedigenden, gefährvollen Zustand mehr verantwortlich, die Russen oder die Westalliierten?

Frankreich und Italien Der unheilvolle Einfluß der westmächtlichen Gesamtpolitik zeigt sich auch in Frankreich und Italien. Es geht zwar zu weit, bereits von einer „Trumanisierung“ *Frankreichs* zu reden; daß aber der amerikanische Druck auf Frankreich, bei aller Diskretion, mit der er ausgeübt wird, außerordentlich stark ist; daß die Vereinigten Staaten ihre Wirtschaftsmacht, also ihre Fähigkeit, Geldmittel, Kohle, Getreide usw. dem notleidenden und auf Amerika angewiesenen französischen Volke zu liefern oder vorzuenthalten, auch politisch auszunutzen suchen; daß Mr. Bullitt (der schon in der Vichyzeit eine so bedenkliche Rolle gespielt hat) mit General de Gaulle in unmittelbarer Fühlung steht und der gegenwärtige amerikanische Botschafter, Caffery, gleichfalls ein entschiedener Anhänger des Gaullismus und Gegner des Kommunismus und Sozialismus ist — all das sind Tatsachen, die ebenso wenig zu bestreiten sind, wie daß die bereitwillige, ja erleichterte Annahme des Ausscheidens der Kommunistischen Partei aus der Regierungskoalition in engem Zusammenhang mit der amerikanischen „Hilfspolitik“ steht. Und die Vermutung ist kaum sehr abwegig, daß die Kommunisten in ein paar Monaten ohnehin aus der Regierung verdrängt worden wären, wenn sie sich nicht unklugerweise selber ausgebootet hätten.

Inzwischen hat sich allerdings erwiesen, wie kurzfristig es von den anderen Koalitionsparteien war, ohne oder gegen die Kommunisten regieren zu wollen. Es ist zwar unrichtig, was jetzt überall (natürlich auch in der Schweiz) behauptet wird, daß die endlosen *Streiks*, die jetzt Frankreichs Wirtschaftsleben erschüttern, von einem unterirdischen kommunistischen Komitee geleitet würden. Gerade dieser Tage versicherten mir zwei religiös-soziale Freunde aus Frankreich, führende Vertreter der Bewegung des Christianisme social, daß davon in Wahrheit keine Rede sein könne. Soweit überhaupt politische Einflüsse bei den Streiks mitspielten, gingen sie von den Linkssozialisten Proudhonscher Tradition, von der sozialistischen Jugend,

von den Anarchisten und Trotzkiisten aus, also von zum Teil sehr scharfen Gegnern der Kommunisten. Und Ähnliches stellt der trotz seinem protestantischen Glauben dem MRP. und der Bewegung „Esprit“ angehörende François Goguel im „Servir“ (Lausanne) fest, dabei auch auf die wirtschaftliche Notlage der französischen Arbeiterschaft und auf ihre Enttäuschung über die zunehmende Verbürgerlichung der Vierten Republik wie über die Fortdauer der kapitalistischen Herrschaft hinweisend.

Die Kommunisten sind ursprünglich sogar, ihrer Ueberzeugung von der Notwendigkeit harter Arbeit und bitterer Entbehrungen zu Gunsten der Wiederaufrichtung der französischen Wirtschaft getreu, gegen die Streiks gewesen und haben sie schließlich nur darum unterstützt, weil sie den Anschluß an die revoltierenden Arbeitermassen nicht verlieren wollten. Die Streikbewegung trägt wirklich einen wesentlich spontanen Charakter und würde keinesfalls abbrechen, auch wenn die Kommunisten ihren Einfluß gegen sie in die Waagschale werfen. Daß aber die wirtschaftliche und soziale Lage eine bedeutende Erleichterung erfahren würde und bedrohliche politische Entwicklungen in Frankreich vielleicht geradezu unterblieben, wenn sich die jetzigen Regierungsparteien um die Heranziehung der Kommunisten zur Mitverantwortung bemühten, das ist gleichwohl wahrscheinlich, um nicht zu sagen sicher. Nur — ist das jetzt noch möglich? Haben sich die Sozialisten und Katholiken (MRP.) nicht schon so weit in ihren Antikommunismus verrannt, haben sie nicht schon so unwiderruflich auf das amerikanische Pferd gesetzt, daß die Kommunisten nur immer stärker in die Opposition, ja in die Isolierung und schließlich die Gesetzlosigkeit, also in den Untergrund und eine neue Résistance, hineingedrängt werden und entsprechend die Macht der Rechten wächst?

Es gibt tatsächlich in Frankreich zur Zeit für die Parteien des sozialen Fortschritts nichts Gefährlicheres, als sich in einen sturen Gegensatz zu den Kommunisten zu verbohren. Was immer die kommunistische Partei anderwärts sein mag — in Frankreich ist sie nicht nur *die* Partei des Proletariats, nicht nur die größte und am besten organisierte politische Volksbewegung (ihr Mitgliederbestand hat sich seit 1939 von 300 000 auf eine Million und ihre Stimmenzahl seit 1936 von einer Million auf fast 5½ Millionen gehoben); sie ist auch eine der stärksten Kräfte der französischen Demokratie und des friedlichen Wiederaufbaus des Landes. Das hat neulich, im Gespräch mit Henry Wallace, sogar Léon Blum anerkannt. „Ich fragte“, so berichtet Wallace darüber in der „New Republic“, „ob er die kommunistische Partei als demokratisch betrachte. Blum erwiderte: Seit dem Krieg — ja. Die Kommunisten müssen als zum Kreise der demokratischen Parteien gehörig angesehen werden. Ihr Programm und

ihre Sprache sind die gleichen wie die der anderen. Vielleicht sind sie ehrlich in ihrem Kult der Demokratie, vielleicht sind sie es nicht. Die Wirkung ist heute die gleiche, und ich will für einmal ihre Redlichkeit nicht in Frage stellen.“ Wallace selbst hat von seinen Unterredungen mit Führern der französischen Kommunisten wie auch mit in Paris lebenden Amerikanern einen ähnlichen Eindruck empfangen. Aber was richtet Vernunft gegen antikommunistische Leidenschaft aus? Und was wird herauskommen, wenn amerikanisch-kapitalistischer Einfluß Frankreich wirklich entscheidend nach rechts treiben sollte?

Für *Italien* stellt sich die gleiche Frage. Die italienische Rechte sucht um jeden Preis amerikanische Hilfe für ihr furchtbar erschöpftes Land. Und de Gasperi, an dem — wie er wohl von Anfang an vorausah — die Bildung der neuen Regierung doch hängen geblieben ist, hat dieser Hilfe denn auch die Beteiligung der Kommunisten und Linkssozialisten an der Regierung ohne Zögern geopfert, so daß er sich nunmehr ganz auf die klerikale und konservativ-monarchistische Rechte stützen muß. Das mag als bloß vorübergehende Notlösung gemeint sein; „daß sich aber eine entscheidende Wendung zu Gunsten der konservativen und reaktionären Kräfte vollzogen hat, steht außer Zweifel“, wie der römische Korrespondent der „NZZ“ richtig bemerkt. Und daß dabei amerikanischer „Rat“, vermittelt nicht zuletzt durch den Botschafter der Vereinigten Staaten in Rom, einen Katholiken irischer Abstammung, maßgebend mitgewirkt hat, kann wohl ebensowenig bezweifelt werden. Amerika braucht eben nicht so häßliche und von der gegnerischen Propaganda noch häßlicher gemalte Mittel anzuwenden wie Rußland, um einen „kalten Staatsstreich“ in einem Lande *seiner* Einflußzone durchzuführen ...

England Der providentielle Vermittler zwischen Rußland und Amerika wäre *England* und namentlich seine Labourregierung. Es fühlt denn auch deutlich, daß es berufen ist, die Aufspaltung der Welt in zwei feindliche Blöcke zu verhindern und die *Einheit* der Völkerfamilie herbeizuführen. „Das Ziel der Labourregierung ist“, so heißt es in der von der Leitung der Labourpartei auf den Kongreß von Margate hin veröffentlichten Programmschrift „Karten auf den Tisch!“, „einen endgültigen Riß zwischen den großen Drei zu verhindern.“ Großbritannien dürfe in Abhängigkeit weder von den Vereinigten Staaten noch von der Sowjetunion kommen; es müsse seinen eigenen Weg gehen, dessen Ziel die kollektive Friedenssicherung im Rahmen der Vereinten Nationen sei.

So weit, so gut. Allein in der täglichen weltpolitischen Praxis nehmen die Dinge eben eine etwas andere Gestalt an als in einer zur Beruhigung aufbegehrender Parteigenossen schnell hingeworfenen

Agitationsbrochure. Auf der einen Seite bleibt Großbritannien trotz allen Rückzügen und trotz seiner enormen Schwächung durch den Krieg eben nach wie vor eine Weltmacht — wenn nicht ersten, so doch gewiß zweiten Ranges, eine Macht, hinter der eine stolze imperiale Tradition, ein konservatives, klassen- und rassenbewußtes Beamtentum und gewaltige kapitalistische Interessen stehen. Und diese Weltmacht stößt, weniger heftig zwar als die Vereinigten Staaten, aber doch noch immer stark genug, in erster Linie ebenfalls mit den Machtinteressen der Sowjetunion zusammen, umso mehr als die russische Außenpolitik, in Unterschätzung der britischen Kraft, eine Zeitlang an ein nahes Auseinanderfallen des Britischen Reiches geglaubt zu haben scheint, und als die Sowjetunion in dem demokratischen Sozialismus der Labourpartei ihren Hauptkonkurrenten im Ringen um die Seele der Völker sah oder immer noch sieht⁴⁾.

Auf der anderen Seite steht England geistig ebenso wie wirtschaftlich und politisch in so enger Bindung mit Amerika, daß sich auch daraus ganz von selber eine weit stärkere Gemeinsamkeit mit der amerikanischen Weltpolitik ergibt, als sie jemals mit der russischen Politik möglich sein wird. Und die goldene Kette, welche die vorjährige amerikanische Anleihe um Großbritannien geschlungen hat, läßt diese Gemeinsamkeit erst recht deutlich sichtbar werden.

In den wesentlichen Fragen der internationalen Politik hat sich darum ganz natürlicherweise, trotz gewissen Reibungen und Spannungen, eine grundsätzliche, weitgehende Solidarität zwischen dem Britischen Reich und den Vereinigten Staaten herausgebildet, die Eng-

⁴⁾ Seither hat sich die russische Einstellung zu England freilich stark geändert und dementsprechend auch die englische Haltung gegenüber Rußland. Die „Tribune“ (vom 30. Mai) weist besonders auf die Unterredung hin, die Bevin und Stalin anlässlich der Moskauer Konferenz miteinander hatten, und in der Stalin betont habe, er widersetze sich den britischen Interessen im Mittleren Orient keineswegs und sehe keinen Grund dafür, daß die russische Politik diesen britischen Interessen zuwiderlaufen solle. „Was wir jetzt beobachten können“, so schreibt das Londoner Labourblatt, „ist eine höchst interessante Änderung der früheren russischen Politik im Mittleren Osten. In Persien, Aegypten und anderwärts suchten die Russen bisher ihren Einfluß auf eigene Faust auf Grund von Unterstützung aus dem Volke heraus geltend zu machen. Damit sind sie gescheitert, als das Experiment von Aferbeidshan mißlang. Jetzt sind die Russen offenbar der Meinung, ihre erste Aufgabe bestehe darin, Amerika aus diesem Gebiete fernzuhalten, und sie begrüßen darum die weitere Anwesenheit der Engländer als das kleinere Uebel, das dem anderen vorzuziehen sei.“

Was die Haltung und die Interessen *Amerikas* im Mittleren Osten, dem reichsten Petrolgebiet der Welt, betrifft, so seien hier zur Erklärung nur ein paar Sätze aus Präsident Trumans jüngster Rede in Kansas City angeführt: „Ein Mangel an Erdöl droht in naher Zukunft. Die Vereinigten Staaten brauchen heute in einem Tage mehr Erdöl, als vor dem Kriege die ganze Welt verbrauchte. In Teilen des Mittelwestens macht sich der Mangel an Erdöl bereits fühlbar. Eine Nation ist aber nur so stark wie ihre Produktionskraft, und unsere Kraft ist heute durch ungenügenden Rohstoffbesitz eingeschränkt.“ Das sagt allerhand.

land verhindert — zum Beispiel in der Deutschlandfrage, in der Haltung gegenüber Franco-Spanien, gegenüber Griechenland, gegenüber China und Japan —, dem kapitalistischen Imperialismus der Amerikaner mit derjenigen Bestimmtheit entgegenzutreten, die von einer *sozialistischen* Regierung umso eher erwartet werden müßte, als der unvermeidliche Rückschlag der amerikanischen Wirtschaft und der ihr dienenden Außenpolitik auch England schwer zu treffen droht. Wohl gibt es gegen die Schwächen und Hemmungen der britischen Außenpolitik gegenüber Amerika innerhalb der Labourpartei selber eine gewisse Opposition; aber der Parteitag von Margate hat die Ohnmacht der ja wiederum in verschiedene Untergruppen gespaltenen Opposition so deutlich enthüllt, daß die bürgerliche Presse schadenfroh von einem „entscheidenden und wahrscheinlich auf lange Zeit hinaus maßgebenden Sieg der herrschenden Richtung“ sprechen darf, von einer „für die linksradikale Gruppe vernichtenden Niederlage“, von der sie sich wahrscheinlich lange Zeit nicht erholen werde. Das ist vermutlich nur zu richtig. Aber gut ist es wahrhaftig nicht.

Koloniale Eine staatsmännische Leistung erster Ordnung,
Götterdämmerung die der britischen Regierung gelungen ist, stellt die überraschende Herbeiführung einer völligen Einigung zwischen Hindus und Mohammedanern über die Zukunft *Indiens* dar. Es ist freilich eine Einigung über die *Trennung* Indiens in zwei Dominien, Hindustan und Pakistan, eine Lösung, die äußerlich eine Niederlage Gandhis bedeutet, sachlich aber ohne die jahrzehntelange Veröhnungsarbeit dieses seltsamen Mannes kaum möglich gewesen wäre und darum von ihm auch ohne Murren angenommen wird, während die große sozialistische Partei Indiens sie grundsätzlich ablehnt. Allein die Tatsache, daß nun die Engländer Indien räumen können in der Gewißheit, kein Chaos hinter sich zurückzulassen, sondern — trotz neuen blutigen Zusammenstößen zwischen Hindus und Mohammedanern — zwei sich scheidlich-friedlich auseinandersetzen Volks- und Religionsgemeinschaften, und daß die Befreiung Indiens von der bald zweihundertjährigen britischen Herrschaft noch vor Ende August, fast ein Jahr früher als in Aussicht genommen, stattfinden soll — diese Tatsache mutet doch wirklich wie ein Wunder an und ist es auch. Ob die beiden neuen Staaten im britischen Reichsverband verbleiben werden, nachdem sie ihre Unabhängigkeit erlangt haben, steht dahin; hoffen wir es. Denn es ist ja wirklich so, wie der australische Ministerpräsident Frazer kürzlich in einer Rede gesagt hat:

„Das Volk der britischen Dominien betrachtet den Dominionstatus nicht als eine unvollkommene Art Unabhängigkeit. Er ist im Gegenteil Unabhängigkeit mit noch etwas mehr und nicht Unabhängigkeit mit noch etwas weniger. Es bringt mit sich

die Mitgliedschaft in einer freien, und mächtigen Vereinigung, aus der jedes Element von Zwang verschwunden ist, die aber einen Weg gefunden hat, um gegenseitiges Vertrauen und Zusammenarbeit unter voller Achtung der Unabhängigkeit, Souveränität und Eigenart jedes Mitgliedes zu betätigen.“

Trotzdem: Für Großbritannien beginnt mit der Verwirklichung der nationalen Unabhängigkeit Indiens, der diejenige von *Burma* folgen wird, eine neue Periode seiner Geschichte. Das größte der Kolonialreiche, die sich bis in unsere Tage erhalten haben, geht seiner Auflösung entgegen, und auch dort, wo sich die weiße Kolonialherrschaft noch behauptet, ist ihr Schicksal mit dem britischen Rückzug aus Vorder- und Hinterindien besiegelt. Daran ändert weder Churchill noch de Gaulle das mindeste. Bereits sagt denn auch der unter operettenhaften Umständen aus der Verbannung entflohene marokkanische Führer Abd-el-Krim den Franzosen im Namen von 20 Millionen Nordafrikanern den Kampf an, einen Kampf, den Frankreich trotz dem Scharfmachergeneral Juin, den es als Gouverneur nach Marokko geschickt hat, so wenig gewinnen wird wie den Krieg, den es in Madagaskar und Viet Nam gegen die aufständischen Eingeborenen zu führen hat. Aber offenbar *glaubt* es, oder glauben wenigstens seine führenden Parteien und Schichten, immer noch an die Möglichkeit einer Fortsetzung der Kolonialherrschaft in irgendeiner Form. Und Pandit Nehru hat als Präsident der „Konferenz für Rassenbeziehungen“, die, von 250 Abgeordneten aus 27 östlichen Ländern beschiedt, im Mai in Indien tagte, durchaus recht gehabt, wenn er in seiner Schlußansprache darauf hinwies, daß „die europäischen Nationen, die Lehren der Geschichte nicht beherzigend und die Zeitereignisse hier, in Asien und in Afrika, nicht verstehend, leider immer noch darauf ausgehen, denjenigen Wirtschaftstypus aufrechtzuerhalten, aus dem sie in der Vergangenheit Gewinn gezogen haben. Das wird für sie ein unmögliches Unterfangen sein und sie ins Verderben führen“.

Nehru meinte damit die jahrhundertelange „Arbeitsteilung“ zwischen Rohstoffe und billige Arbeitskräfte liefernden Ueberseeeländern und hochentwickelten, ausbeutenden Industriestaaten und die Zerstörung dieses vermeintlichen Gleichgewichtes durch die rasch fortschreitende Industrialisierung und wirtschaftliche Verselbständigung der „rückständigen“ Länder — diesen recht eigentlich revolutionären Vorgang, ohne dessen Würdigung man die Unabhängigkeitsbewegung der farbigen Rassen überhaupt nicht versteht. Der Freiheitswille, das menschliche Selbstbewußtsein der Kolonialvölker ist nicht zuletzt — wieder einmal ist die „List der Idee“ am Werke — durch die ausbeutenden, kapitalausführenden, die ganze Erde durchindustrialisierenden „Herrennationen“ selber geweckt worden und benützt nun die unaufhaltsam weitergehende Europäisierung und Amerikanisierung der einstigen Untertanenländer seinerseits dazu, sich groß-

artig, verheißungsvoll zu verwirklichen. Der alte wie der neue Imperialismus wird daran mit samt seinem Nährvater, dem Kapitalismus, zugrundegehen.

So geht's nicht! Die herrschenden Klassen der westlichen Welt sind freilich, wie gesagt, weit davon entfernt, sich dieser Lage klar bewußt zu werden und die notwendigen Folgerungen daraus zu ziehen. Ja, dunkel fühlen sie wohl schon, daß ihre Zeit vorbei ist und der Boden unter ihren Füßen schwankt. Aber sie klammern sich dafür nur um so heftiger an das, was sie zu besitzen glauben, reden sich immer noch ein, in der „freien“ Wirtschaft liege die Gewähr für Wohlstand, Gesittung und Frieden, und stürzen sich mit Leidenschaft auf die Sowjetunion, dabei den Kampf gegen deren *Diktaturregime* als Vorwand für den ihnen unendlich näher am Portemonnaie liegenden Kampf gegen die in Rußland Gestalt annehmende *sozialistische Idee* benützend. Es ist ein Klassenkampf im Weltmaßstab, den der kapitalistische Westen hier gegen den kommunistischen Osten führt. Wie Freda Kirchwey, die Leiterin der New Yorker „Nation“ sagt:

„Die Westmächte haben ihr Möglichstes getan, um eine soziale Wandlung zu ersticken. Griechenland ist ein in Revolution begriffenes Volk. Diese Revolution ist nicht in Moskau gemacht worden. Daß 1944 kein Umschwung erfolgte, der dem von 1789 in Frankreich und 1917 in Rußland geschehenen zu vergleichen wäre, daran ist die Churchill-Regierung schuld. Vernünftige Amerikaner müssen sich fragen, ob sie wirklich den politischen Krieg führen wollen, den Truman erklärt hat. Es ist ein Krieg, den wir nicht gewinnen können, und Rußland weiß es.“

Oder haben die Vereinigten Staaten doch Aussicht, ihn zu gewinnen — wenigstens teilweise? Professor Frederick Schuman scheint es für möglich zu halten, wenn er (in seinem Buche „Soviet Politics“) schreibt:

„In dem Klassenkonflikt, der sich unvermeidlicherweise über die Erde hin ausbreiten und die Grenzlinien der Mächtekoalitionen durchbrechen wird, findet Amerika Bundesgenossen unter den Vornehmen, den Priestern und Plutokraten, während die Sowjetunion Proletarier, Bauern und Kolonialuntertanen für ihre Sache aufbietet. Diese Machtprobe wird von den Vereinigten Staaten in den asiatischen Ländern gewonnen werden. Rußland wird in China, Indien und großen Teilen des Nahen Ostens und Afrikas gewinnen.“

Wie dem auch sei: daß das konservative Bürgertum seinen Kampf gegen die Sowjetunion führt, ist ganz natürlich und begreiflich. Nicht natürlich und nur schwer begreiflich ist es, daß auch ein Teil der *sozialdemokratischen* Bewegung an diesem Kampfe teilnimmt oder ihn doch fördert. Diesen Gruppen ist es zwar — bei aller Verbürgerlichung, die weithin an der westlichen Arbeiterbewegung festzustellen ist — mit ihrer Brandmarkung der russischen Diktatur völliger Ernst. Gleichzeitig tritt aber für sie das *andere*, das *sozialistische* Element

an der Sowjetunion derart in den Hintergrund — bisweilen wird es fogar rundweg geleugnet —, daß sie sich gegenüber Rußland und der kommunistischen Weltbewegung im wesentlichen eben doch *negativ* einstellen und damit der *bürgerlichen* Art, die Sowjetunion zu bekämpfen, ebenso bedenkliche wie willkommene Helferdienste leisten. Sie verbauen sich damit selbst den Weg zu einer *wirklichen*, erfolgversprechenden Bekämpfung des Kommunismus, der — wir müssen es immer wieder sagen — darin besteht, daß wir sein geschichtliches *Recht* durch die Vertretung eines im besten Sinne radikalen, auf eine Umwälzung von Grund auf gerichteten Sozialismus anerkennen, sein *Unrecht* aber durch die Verbindung dieses sozialistischen Radikalismus mit freiheitlich-demokratischem Geiste aufzuheben und wirkungslos zu machen trachten. Die Hauptkraft aber auf den Kampf gegen die kommunistische *Diktatur* zu verwenden, die viel notwendigere Vertretung eines neuen, wurzelhaften, in die Tiefe gehenden und nach der Höhe strebenden Sozialismus (zu der die religiösen Sozialisten am ersten berufen wären!) zu versäumen und einem dann eben unvermeidlich werdenden Ersatzradikalismus das Feld zu überlassen — das heißt letzten Endes die falsche Fragestellung: „Faschismus oder Kommunismus?“ begünstigen und die Leitung der sozialen Umwälzungen den autoritären, an die Gewalt appellierenden Sozialisten in die Hand spielen.

Was not tut Die vorhin zitierte Herausgeberin der New Yorker „Nation“ stellt ganz richtig fest:

„Jetzt haben wir den großen Kreuzzug — denjenigen, für den uns, wie man sich erinnern wird, Hitler schon längst gewinnen wollte. Ich glaube, wir gefährden unsere Lebensform eher damit, daß wir die Trumandoktrin annehmen, als indem wir sie ablehnen... Die andere Möglichkeit besteht darin, die Revolution den Russen aus der Hand zu nehmen. Das Mittel, um die Ausbreitung des Kommunismus zu verhindern, liegt darin, die industrielle und landwirtschaftliche Revolution, die Europa und Asien erfaßt hat, anzuerkennen, *mit* ihr, nicht *gegen* sie zu arbeiten, und das heißt den Sozialismus im Hauptteil Europas und eine neue Agrarverfassung auf dem Balkan und in Asien anzunehmen. Das schließt die Ueberwindung der herrschenden Schichten in sich, die in der Vergangenheit jene Länder durch die verschiedensten politischen Maschinerien — monarchistische, faschistische und sogar republikanische — regiert haben.“

Der Rat, der hier zunächst dem fortschrittlichen Bürgertum gegeben wird, richtet sich natürlich noch viel mehr an den *demokratischen Sozialismus*. Ist er bereit, entschlossen diesen Weg zu gehen und „die Revolution den Russen aus der Hand zu nehmen“? In einem Begrüßungsartikel, den die ... „Neue Zürcher Zeitung“ der jüngst in Zürich abgehaltenen internationalen Sozialistenkonferenz gewidmet hat, konnte man auch diese erbauliche Stelle lesen:

„Zerbrach die Illusion auf den internationalen pazifistischen Protest im ersten Weltkrieg gleich beim Beginn, so wurde die Sehnsucht nach einer weltweiten Er-

hebung (nämlich gegen den Kapitalismus. H. K.) im Gefolge des zweiten Weltkrieges am Schluß des Ringens zufanden. Die Auseinandersetzung mit dem totalitären System dauerte an, der Sozialismus ist wiederum genötigt, zwischen Demokratie und Abfolutismus zu wählen...

Die ursprünglichen sozialistischen Fragestellungen sind in den zweiten und dritten Rang hinabgerutscht. Es geht heute nicht so sehr um die ‚Expropriation der Expropriateure‘, um die Beseitigung des ‚bürgerlichen Klassenstaates‘, um die theatralisch-brutale Uebnahme der Macht, als vielmehr um die Rechte und Würde des Einzelmenschen, um die gewerkschaftliche Freiheit, um die Hebung der Produktion in gemeinsamer Anstrengung und um die Lösung weltpolitischer Gegenätze. Wohl unternehmen in einzelnen Staaten die sozialistischen Parteien kräftige Versuche, das Wirtschaftsleben vom Schreibtisch aus zu reformieren, wohl lebt in ihnen noch der eingepfropfte Haß gegen die bürgerliche Weltordnung, aber diese Relikte des Marxismus werden überhattet vom Gespenst der Diktatur oder der Bureaukratie, das die ‚schwerfälligen Millionen‘ gebannt sehen möchten.“

Wir müssen uns schämen, daß ein Organ des Besitzbürgertums über die sozialistische Bewegung des Westens so schreiben kann. Soll das aber wirklich das letzte Wort über sie sein? Das hängt ganz von ihr selber ab. Der Zürcher Kongreß hat freilich wenig getan (vielleicht wenig tun können), um die „Neue Zürcher Zeitung“ zu demontieren. Schon beginnen die deutschen Sozialdemokraten wieder eine Hauptrolle in der internationalen sozialistischen Bewegung zu spielen. Einem Kurt Schumacher, der gewiß als leidgeprüfter, tapferer Mensch höchster Achtung würdig ist, hört man mit offenem Munde zu, weil er klug genug war, um in Zürich nicht den nationalsozialistischen Volkstribunen und Kommunistenhetzer herauszukehren, der er in Deutschland ist⁵⁾. Andererseits ist von der britischen Labourpartei vorerst auch kein entscheidender Antrieb für eine lebendige sozialistische Weltbewegung zu erwarten, solange ihren ersten Führern, wie es anlässlich des Kongresses von Margate geschah, bürgerlicherseits nachgerühmt werden kann, sie hätten dem Klassenkampf (lies:

⁵⁾ Gegenüber gewissen Anfällen von Gedächtnisschwäche sei doch wieder einmal daran erinnert, daß die deutschen Sozialdemokraten mindestens 80 Prozent von Hitlers „nationaler“ Außenpolitik *auch* für richtig befunden haben. Sie haben von 1914 an in vorderster Reihe gegen die „Kriegsschuldfrage“ gekämpft; die Revolution von 1918 ist ohne ihr Zutun, ja gegen ihren Willen gekommen; sie haben die alten Generäle sofort wieder in den Sattel gesetzt und den „Schmachfrieden von Versailles“ mit dem gleichen patriotischen Eifer denunziert, mit dem sie seine Zerreißung oder Sabotierung und nachher die militärische Wiederaufrichtung Deutschlands begünstigt haben. Der Einverleibung Oesterreichs haben sie aufs wirksamste vorgearbeitet, auch wenn die Annexion dann in etwas anderen Formen kam, als sie es sich vorgestellt hatten, und die Angliederung des Sudetenlandes ans Deutsche Reich durchaus in der Ordnung gefunden, so wie ihnen auch die Polenpolitik Hitlers kaum sehr viel Uebelkeit bereitet hat. Kurz, die deutschen Sozialdemokraten der Weimarer Epoche haben tatkräftig die nationalistische Stimmung miterzeugen helfen, ohne die der extreme Nazismus (den sie dann freilich — zu spät — ablehnten) niemals großgeworden wäre. Insofern sind sie durchaus mitschuldig an dem, was seit 1933 passiert ist.

dem Sozialismus) eine kräftige Abfage erteilt und ihre Anhänger dazu gebracht, ihnen „auf neuen und ungewohnten Wegen zu folgen“.

Wir müssen wohl unsere Hoffnung auf andere Kräfte setzen, die sichtbar und noch mehr unsichtbar dennoch am Werke sind, um eine neue Welt zu schaffen, auch wenn es in Formen und an Orten geschieht, die wir nicht erwartet hatten. Und müssen vor allem selbst, an *unserem* Orte, das Kommen eines neuen, rettenden Geistes vorbereiten helfen, sei es auch nur durch furchtloses Ausprechen dessen, was ist, nach dem Maße der Klarheit, die uns verliehen ist.

18. Juni 1947.

Hugo Kramer.

Zum 6. Juli.

Der mir zur Verfügung stehende Raum erlaubt diesmal keine Schweizerische Rundschau. Ein ganz kurzes Wort zum 6. Juli muß genügen.

Eine besondere Aufforderung an die Leser (die Leserinnen haben ja wieder einmal nichts zu sagen), der Vorlage über die *Alters- und Hinterlassenenversicherung* zuzustimmen, ist ja eigentlich sicher nicht mehr nötig; dennoch soll auch hier nicht unterlassen werden, auf die Notwendigkeit hinzuweisen, daß das Gesetz nicht bloß mit Mehrheit, sondern mit einer überwältigenden Mehrheit angenommen wird. Die Schande und der Schaden einer Verwerfung wären unausdenkbar. Dabei brauchen wir keineswegs die dithyrambische Verherrlichung der Vorlage („das größte schweizerische Sozialwerk des Jahrhunderts“ usw.) mitzumachen, die jetzt etwa betrieben wird, und damit jenem Besitzbürgertum ein gutes Gewissen zu geben, das für eine *ausreichende* Altersversicherung kein Geld zu haben behauptet, für eine völlig sicher nutzlose, ja verhängnisvolle militärische Aufrüstung aber alljährlich drei- oder vierhundert Millionen zum Fenster hinauswirft. Das Werk, das jetzt dem Volksentscheid untersteht, ist nur ein Anfang; aber als solchem sagen wir Ja zu ihm und erwarten, daß es nicht einer Koalition von Habsucht und Kurzsichtigkeit zum Opfer falle.

Für die andere Abstimmungsvorlage, die neuen *Wirtschaftsartikel* der Bundesverfassung, kann ich mich nicht erwärmen. Sie bleibt allzufern hinter den wirklichen Notwendigkeiten einer ernsthaften Wirtschaftsreform zurück, als daß die taktischen Vorteile, um deretwillen ihre Annahme jetzt auch von links empfohlen wird, insbesondere die Rücksicht auf die Bauern, bei denen für die Altersversicherung gut Wetter gemacht werden soll, für mich stark ins Gewicht fallen könnten. Aber ich gebe zu, man kann in guten Treuen auch anderer Meinung sein; stimme eben ein jeder so, wie er es nach bestem Wissen und Gewissen tun muß.

H. K.